

Anhang:

Halbzeitbilanz 14. Legislaturperiode der FDP Baden-Württemberg

Haushalt/Finanzen/Verwaltung:

Erreicht:

- Nettonullverschuldung erreicht im Jahr 2008.
- Verschuldungsverbot in der Landeshaushaltsordnung.
- Einrichtung eines Pensionsfonds.
- Künftig für jede/n neu eingestellte/n Beamten/in eine jährliche Zuführung in die Pensionsrücklagen von 6.000,- Euro.
- Weitere Privatisierungen (z.B. Staatsanzeiger).
- Pilotprojekt Landesoberkasse mit Verbesserungen durch private Unternehmen.
- Ergänzung und Erweiterung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung bezüglich der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen.

Ausblick:

- Langfristiges Ziel bleibt die Schulden-Null!
- Weitere Haushaltskonsolidierung durch Vorschläge der von uns durchgesetzten Strukturkommission für Aufgabenkritik und Haushalt mit Einsparpotentialen bei den Themen Flurneuordnungswesen, Vermessungswesen, Vermögen und Bau und der Landesoberkasse
- Neuverschuldungsverbot in die Landesverfassung aufnehmen!
- Neuverschuldungsverbot im Bund durchsetzen!
- Änderung des Länderfinanzausgleichs zugunsten Baden-Württembergs im Rahmen der Föderalismuskommission II.
- Mehr Steuerautonomie der einzelnen Länder im Rahmen der Föderalismuskommission II.

Wirtschaft:

Erreicht:

- Neuausrichtung der Mittelstandspolitik im „Zukunftsprogramm Mittelstand“, inklusive zweijähriger Modellversuch mit Innovationsgutscheinen für kleine und mittlere Unternehmen
- Verbesserung der Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch Fördermaßnahmen zur Einstellung von Hochschulabsolventinnen und –absolventen und zur Durchführung von Veranstaltungen mit Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen
- Fachkräfteinitiative zur Sicherung des Bedarfs und zur Sensibilisierung der Unternehmen für die Potenziale älterer Beschäftigter
- Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Gründungen und den Mittelstand durch Erhöhung des Risikokapitalfonds
- Erfolgreich die neue Landesmesse als „Schaufenster“ für die baden-württembergische Wirtschaft eröffnet
- Energiekonzept 2020 erarbeitet
- Jährlich ca. 3.000 Fälle im Bereich Unternehmensbetreuung
- Umsetzung der Föderalismusreform I durch ein modernes Landeswohnraumfördergesetz, das die Grundlagen für eine künftige Verschmelzung von Wohnungsbau- und Städtebaupolitik legt

Ausblick:

- Konsequente Ablehnung im Bundesrat von zusätzlichen Belastungen der Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger aus der Steuer-, Abgaben- und Regulierungspolitik der Bundesregierung (z.B. Ablehnung Erbschaftsteuer, halbe Mehrwertsteuer für Beherbergungsgewerbe, Absenkung Mindesteinkommensgrenze für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland, Ablehnung Mindestlohn)
- Verwirklichung weiterer PPP-Projekte im Land als Chance für den Mittelstand und für die öffentliche Hand, den Innovationsstau zu beheben
- Weiterentwicklung der landesweiten Tourismus-Konzeption mit Automobilsommer 2011
- Stärkung der beruflichen Weiterbildung als Instrument der Beschäftigungssicherung
- Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen
- Sonderinvestitionen für die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute

- LBO-Novelle und Landesgaststättengesetz

Verkehr:

Erreicht:

- Verstärkung der Mittel für den Landesstraßenbau.
- Vertragsabschluss zu „Baden-Württemberg 21“
- Forcierung der Planungen zur Modernisierung der Neckarschleusen.
- Begleitetes „Fahren ab 17“.

Ausblick:

- Sicherung der flächendeckenden Weiterentwicklung wichtiger Verkehrsprojekte im Land neben „Baden-Württemberg 21“.
- Weiterentwicklung von PPP-Projekten zur Verbesserung der Straßeninfrastruktur.
- Luftverkehrskonzept für Baden-Württemberg.

Ländlicher Raum/Umwelt- und Verbraucherschutz:

Erreicht:

- die Landesregierung verpflichtet, die energetische Sanierung und den Einsatz regenerativer Energien auch im Bereich der staatlichen Liegenschaften, die nicht Wohngebäude sind, im Einklang mit den Zielen des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes voranzutreiben. Mittel für ein erstes Sonderprogramm wurden mit dem Nachtragshaushalt 2008 bereitgestellt.
- Impulsprogramm Standort Baden-Württemberg u.a. zur Versorgung des Ländlichen Raumes mit Breitbandkabel
- Stärkung der Nebenerwerbs-Landwirte in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten zum Zweck der Landschaftspflege

Ausblick:

- Stärkung der regenerativen Energien durch Förderung praxisnaher Forschung und innovativer Ideen.

Bildung und Forschung:

Erreicht:

- Qualitätsoffensive Bildung mit den FDP-Punkten eigenständige - Bewirtschaftung/Budgetierung, Beratungsstelle beim Landesinstitut für Schulentwicklung, besser Durchlässigkeit zwischen den Schularten und Möglichkeiten für Schulverbünde zwischen Haupt- und Realschulen.
- Verbesserung der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft.
- Weiterer Ausbau der frühen Förderung von Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen durch flächendeckende Einführung der Sprachstandsdiagnose bei Kindern im 4. Lebensjahr und wo nötig Fördermaßnahmen.
- Verbesserung der Bildung durch Fortsetzung des Projektes „Schulreifes Kind“ und dem weiteren Ausbau der Ganztagsschul-Angebote.
- Einsatz von Studierenden als „Bildungscoaches“ für Familien mit Migrationshintergrund im Rahmen des Lehramtsstudiums
- Übernahme der Förderung der internationalen Schulen im Land durch das Wirtschaftsministerium
- Erneuerung des Ausbildungspaktes mit den Betrieben.
- Fortführung der Qualifizierungsoffensive in der beruflichen Bildung
- Einrichtung eines Innovations- und Qualitätsfonds im Rahmen des Solidarpakts II mit den Hochschulen und Berufsakademien.
- Impulsprogramm Standort Baden-Württemberg mit Sanierungs- und Erweiterungsprogramm im Hochschulbau.
- Stärkung der Zusammenarbeit von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen durch weitere Mittel aus EFRE.

Ausblick:

- Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung, z.B. durch Einrichtung eines Lehrstuhls für Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt „Frühkindliche Bildung“ oder der Schaffung weiterer Möglichkeiten zur besseren Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher.

- Sicherung im Bereich der Forschung der Zukunftstechnologien (z.B. Nano-, Umwelt- und Gentechnologie).
- Weitere Stärkung der Autonomie der einzelnen Schulen und Abschaffung der Schulbezirke.

Familie, Soziales und Gesundheit:

Erreicht:

- Sicherung der Finanzierung der Kontaktstellen „Frau und Beruf“.
- Maßnahmen zur Förderung der betrieblich unterstützten Kinderbetreuung.
- Gleichwertige Finanzierung der Krippen- und Tagespflegeplätze im ländlichen Raum durch das Land.
- Aktualisierung des Landeskrankenhausgesetzes: Entbürokratisierung, Deregulierung und damit mehr Freiheit für unternehmerisches Handeln.
- 8.2 Millionen im Landeshaushalt zum „Netzwerk Altersforschung“ bereitgestellt.
- Überarbeitung des Heimrechtes zur Entbürokratisierung und Ermöglichung neuer Wohnformen im Alter.
- Ausweitung der bestehenden Informations- und Beratungsangebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörige – keine Doppelstrukturen durch die im „Pflegeversicherungsentwicklungs-gesetz“ von der Bundesgesundheitsministerin vorgesehenen Pflegestützpunkte.
- Umschichtung des Landeserziehungsgeldes in ein Gutscheinsystem (Programm „Stärke“)

Ausblick:

- Privatisierung der Universitätskliniken
- Weitere Berücksichtigung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Demographischer Wandel“

Innen, Recht und Justiz

Erreicht:

- Startschuss für die Notariats- und Grundbuchreform
- Verhinderung von Onlinedurchsuchungen, präventiver Telekommunikationsüberwachung und flächendeckender Videoüberwachung im Landespolizeigesetz.
- Verbesserung der Polizeiarbeit durch einen Maßnahmenkatalog im Rahmen des baden württembergischen Polizeigesetzes, z. B. durch Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Platzverweis in Fällen häuslicher Gewalt.
- Modernisierung der Struktur der Bewährungs- und Gerichtshilfe und Übertragung auf einen freien Träger.
- Teilprivatisierung der JVA Offenburg als Pilotprojekt.
- Schaffung eines modernen Jugendstrafvollzugs- und Justizvollzugsdatenschutzgesetz.
- Durchsetzung der Möglichkeit der Sicherungsverwahrung auch im Bereich des Jugendstrafrechts.
- Erfolgreiche Bundesratsinitiative zur Reform des Gerichtsvollzieherwesens.
- Modernisierung des Zahlungsverkehrs in der Justiz.
- Maßnahmenpaket für Gläubiger zur erfolgreichen Vollstreckung von Geldforderungen.
- Bundesratsinitiative zur Bekämpfung der gewerblichen und organisierten Suizidbeihilfe.
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes, z.B. durch eine erfolgreiche Bundesratsinitiative zur Begrenzung der Haftung ehrenamtlicher Vereinsvorstände
- Verstärkung der Erforschung und Prävention von „Komasaufen bei Jugendlichen“ statt alleiniger Maßnahmen mit dem Gesetzeshammer.

Ausblick:

- Mehr direkte Volksbeteiligung an staatlichen Entscheidungsprozessen durch Änderung der Landesverfassung. Ein zur Volksabstimmung gestelltes Gesetz soll künftig beschlossen sein, wenn es die Mehrheit der gültigen Stimmen findet und diese Mehrheit mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten ausmacht.
- Einrichtung eines zentralen Testamentsregisters.
- Weitere Forcierung des Digitalisierungsprozesses beim elektronischen Grundbuch.

- Effizienzsteigerung beim Einzug von Geldforderungen durch Beteiligung privater Unternehmen nach Absicherung der datenschutzrechtlichen Ermächtigungsgrundlage.
- Erprobung des Einsatzes der „elektronischen Aufsicht („elektronische Fußfessel“) im Strafvollzug Baden-Württembergs.
- Schaffung eines Justizvollzugsgesetzbuches.
- Einrichtung eines dritten Standortes des „Projekts Chance“ zur Stärkung des Jugendstrafvollzugs in freien Formen
- Konsequenter Einsatz für kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige.
- Sicherung der langfristigen Finanzierung der Landesstiftung Opferschutz.

Integration

Erreicht:

- aktive Mitarbeit am Nationalen Integrationsplan; Federführung im Land bei der Erarbeitung des gemeinsamen Länderbeitrags.
- Verabschiedung des Maßnahmenkonzepts zur Bekämpfung der Zwangsheirat durch den Ministerrat.
- Steigerung der Erziehungskompetenz und verstärkte Information von Eltern mit Migrationshintergrund mit Schwerpunkt in der schulischen Bildung durch Elternkongresse.
- Einführung der Schulpflicht auch für Flüchtlingskinder.

Ausblick:

- Am 8. September 2008 wird der Ministerrat voraussichtlich den Integrationsplan Baden Württemberg verabschieden, der eine wesentliche und nachhaltige Fortentwicklung der baden-württembergischen Integrationspolitik darstellt.
- Erarbeitung eines Projekts zur Stärkung der Erziehungskompetenz und besserer Beteiligung bzw. Einbindung von Migrantenelementen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie.
- Installierung einer Maßnahmendatenbank im Internet: „Best-Practice – Baden Württemberg: aktiv für Integration“.